

Bundesrat.

## **Bald transparente Mieten?**

Der Bundesrat will die landesweite Einführung der Formularpflicht prüfen. Dies ist eine Forderung des SMV. Dieser zeigt sich darüber erfreut.

Es machte in letzter Zeit nicht den Anschein, als wollte der Bundesrat den Mietenden entgegenkommen. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann lehnte „Eingriffe in die Preisbildung“ hartnäckig ab und beschwor den angeblich funktionierenden Wohnungsmarkt. Sein „Skandalreferat“ (siehe letztes M&W) löste in Mieterkreisen viel Empörung aus.

Jetzt zeigt sich der Bundesrat doch kompromissbereit. Am 15. Januar gab er bekannt, dass er flankierende Massnahmen auf dem Wohnungsmarkt befürworte. Namentlich will er die Transparenz bei den Mieten verbessern. Künftig sollen in der ganzen Schweiz bei einem Mieterwechsel der bisherige Mietzins bekannt gegeben und allfällige Aufschläge begründet werden müssen. „Mit einer besseren Transparenz auf dem Mietwohnungsmarkt ist eine preisdämpfende Wirkung zu erwarten, ohne dass die Rechte der Vermietenden tangiert werden“, hält der Bundesrat dazu fest.

### **Eine Absage.**

Das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung wurde beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. Um dies umzusetzen, muss das Obligationenrecht geändert werden. Weitergehenden Massnahmen erteilte die Landesbehörde jedoch eine Absage. Insbesondere soll es keine Begrenzung von Mietaufschlägen geben, wie das etwa in Deutschland der Fall ist. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (SMV) hatte eine solche Mietpreisbremse zum Schutz der Mietenden in den Agglomerationen verlangt.

In einem weiteren Punkt zeigt sich der Bundesrat kooperationsbereit: Es soll geprüft werden, ob Land im Besitz der SBB oder des Militärs (Armasuisse) für gemeinnützige Wohnbauten genutzt werden könnte. Auch dies ist eine Forderung des SMV, die schon länger auf dem Tisch ist. Vor allem die SBB Immobilien stehen in der Kritik, zentral gelegene Grundstücke oft an den Meistbietenden zu verschern, statt ihre Verantwortung für die Siedlungs- und Wohnpolitik wahrzunehmen.

Ob aus den Vorschlägen Taten resultieren, muss sich aber erst noch weisen. Das Parlament redet mit. Und dort erweisen sich die Netzwerke der Hauseigentümer jeweils als grösstes Hindernis.

M&V Mieten und Wohnen, Nr. 1, Februar 2015.

Mieterverband > Mietzinse. Regierung Schweiz. M&V. 2014-02-01